

STAATLICHE GENOSSENSCHAFTSFÖRDERUNG
IN DEN PHILIPPINEN
Ein Beitrag zur Entwicklung
leistungsfähiger Genossenschaften?

Eckart Koch

EINLEITUNG

In den früheren Kolonien und heutigen Entwicklungsländern wurden die ersten Genossenschaften nach europäisch-nordamerikanischem Vorbild meist um die Jahrhundertwende gegründet.

Seitdem wuchs ihre Bedeutung vor allem aufgrund der in diesen Organisationstyp gesetzten Erwartung, einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des jeweiligen Landes leisten zu können. Genossenschaften können mit DÜLFER folgendermaßen charakterisiert werden: Es handelt sich um einen Zusammenschluß von Personen, die durch mindestens ein gemeinsames Interesse miteinander verbunden sind. Durch ihre kollektive Handlung beabsichtigen sie, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation herbeizuführen, wozu sie sich eines gemeinsam errichteten und/oder unterhaltenen Organbetriebs bedienen, dessen Leistungserstellung auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitgliederwirtschaften bezogen ist¹.

Solche Organisationen schienen hervorragend geeignet zu sein, bei der Bewältigung von entwicklungspolitisch relevanten Aufgaben, wie der gemeinsamen Vermarktung von Agrarüberschüssen, der Beschaffung der benötigten landwirtschaftlichen Inputs oder der Bereitstellung von Krediten wichtige Funktionen zu übernehmen.

Bei diesen angenommenen Vorteilen konnte es jedoch nicht ausbleiben, daß Genossenschaften in immer stärkerem Maße als Instrumente für die Erreichung staatlicher Entwicklungsziele und als Kanäle für die entsprechenden Fördermittel eingesetzt wurden. Als Organisationen sind sie vergleichsweise leicht kontrollierbar und stellen zum anderen die Nutznießer der Programme unmittelbar zur Verfügung. Mit der Annahme einer Identität der Zielsetzungen von Genossenschaften und Staat legitimierte man so eine expansive Genossenschaftsförderungspolitik sowie Strategien zum Aufbau von Genossenschaftssystemen.

Der Umgang mit dem diffizilen Instrument Genossenschaft erwies sich jedoch als weitaus problematischer als man zuvor angenommen hatte. Mit steigenden Förderungssummen und wachsender Komplexität des Instrumentariums, mit der Verlagerung von Zieldefinition und Planung in politische Entscheidungsgremien und der sich daraus ergebenden Entfremdung der Mitglieder von ihren Organisationen sank das Selbsthilfepotential, der entscheidende Motor für eine mögliche Erreichung der angestrebten Ziele: die Selbsthilfeorganisationen wurden abhängig von staatlicher Förderung und die erwarteten ökonomischen Effekte blieben in aller Regel aus. Nach einer Phase der Rückschläge und enttäuschten Erwartungen², in der es zunächst so aussah, als ob Genossenschaftsförderung allgemein diskreditiert sei, erlebten staatliche Genossenschaftsprogramme zu Beginn der siebziger Jahre in vielen Ländern einen neuen Aufschwung. Da die nun neu praktizierten Förderungsstrategien sich aber nicht grundsätzlich von den früheren top-down Ansätzen unterschieden, zeichnet sich die Notwendigkeit einer Änderung in der prinzipiellen Beurteilung der Erfolge staatlicher Genossenschaftsförderungspolitik noch nicht ab.

Es wäre hingegen falsch, das Genossenschaftswesen eines Landes als monolithischen Block anzusehen. Abgesehen von unterschiedlichen Genossenschaftstypen und -formen entwickelte sich in vielen Ländern neben dem staatlich geförderten Sektor ein privater oder autonomer Genossenschaftsbereich, der vom Staat nur wenig oder gar nicht gefördert wurde, dessen Erfolg bei der Erfüllung der i.d.R. ökonomischen Mitgliederinteressen jedoch ungleich höher einzuschätzen ist.

Im folgenden wird uns daher nicht die Entwicklung des gesamten Genossenschaftswesens der Philippinen beschäftigen, vielmehr werde ich mich auf die Diskussion einiger wesentlicher Aspekte des Einflusses von Genossenschaftspolitik auf den staatlichen Genossenschaftssektor konzentrieren. Die Dominanzhypothese für die folgenden Ausführungen kann dabei wie folgt formuliert werden:

"Staatlich geförderte Genossenschaften dienen i.d.R. nicht der Erreichung von Mitgliederzielen, sondern können als Instrumente zur Durchsetzung staatlicher Entwicklungspolitik angesehen werden. Instrumentalisierte Selbsthilfeorganisationen degenerieren damit zu abhängigen Fremdhilfeorganisationen, verlieren ihre Funktionsfähigkeit und sind nicht geeignet, eine längerfristige Verbesserung der sozioökonomischen Situation ihrer Mitglieder herbeizuführen."

GENOSSENSCHAFTSPOLITIK IN DEN PHILIPPINEN

Von den Anfängen bis zur Marcos-Ära: 1900-1969

Die ersten Anfänge, die ländliche Entwicklung in den Philippinen durch den Aufbau von Genossenschaften zu beschleunigen, werden auf Vorschläge und Konzepte der damaligen Kolonialmacht USA zurückgeführt. Trotz der Schaffung formaler, rechtlicher Voraussetzungen waren zunächst jedoch keine Genossenschaftsgründungen zu verzeichnen. Erst als mit einer Gesetzesänderung die Verantwortung des Staates für die Genossenschaftsentwicklung festgelegt und eine spezielle Behörde, eine Abteilung des "Bureau of Agriculture", mit dem Aufbau und der Betreuung ländlicher Kreditgenossenschaften betraut wurde, entstanden erste Genossenschaften³. Die meisten der rund 544 bis 1926 gegründeten Kooperativen brachen jedoch nach kurzer Zeit wieder zusammen⁴. Neben Managementfehlern, Veruntreuung von Geldern und einem allgemeinen Kenntnisdefizit über das Wesen von Genossenschaften schien insbesondere eine verfehlte Förderungspolitik, die gekennzeichnet war durch eine massive politische Einflußnahme auf diese neuen Organisationen, staatliche Kreditzusagen und fehlende Kontrolle der Mittelverwendung und -zurückzahlung für diese Entwicklung verantwortlich zu sein⁵.

In den Folgejahren wurde der Staatseinfluß durch ein neues Genossenschaftsgesetz und etliche neue Erlasse weiter ausgedehnt und den neu gegründeten Kooperativen immer neue zusätzliche Entwicklungsaufgaben übertragen. Bis 1939 wurden so 160 Genossenschaften des neuen Typs der "Farmers' Cooperative Marketing Associations" (FACOMA) gegründet. Ziele dieses neuen Genossenschaftstyps waren die Förderung der Mitglieder durch gemeinsame Vermarktung und die Stabilisierung der Erzeugerpreise. Die Hauptaufgabenbereiche bildeten daher Ankauf und Vermarktung der Produkte, Bereitstellung von farm-inputs und ein spezieller Kreditservice⁶.

Aber auch dieser neue Ansatz, dauerhafte Strukturen zur Verbesserung der Situation der ländlichen Bevölkerung zu schaffen, schlug fehl: nur 20 % der FACOMAs wurden auch von offizieller Seite als aktiv angesehen⁷. Schon 1936 wurde daher versucht, die FACOMAs und die bestehenden ländlichen Kreditgenossenschaften mit Krediten, die aus dem staatlichen "Rice and Corn Fund" bereitgestellt werden sollten, zu revitalisieren, ein nachhaltiger Erfolg ist jedoch nicht bekannt⁸.

Das erste allgemeine Genossenschaftsgesetz, "The General Basic Cooperative Law" (Commonwealth Act No. 565) wurde 1940 erlassen. Es erlaubte 15 und mehr Personen die Gründung von Genossenschaften und schuf allgemein die rechtlichen Voraussetzungen für den Betrieb von Genossenschaften jeglichen Typs. Daneben sah es die Schaffung einer speziellen staatlichen Institution zur Betreuung und Kontrolle der Genossenschaften vor, der im selben Jahr ins Leben gerufenen "National Trading Corporation", die eine Doppelfunktion erfüllen sollte: Sie sollte einerseits die Genossenschaftsarbeit koordinieren und andererseits als Wirtschaftsunternehmen für die Bereit-

stellung der Waren für Konsumgenossenschaften sorgen.

Die neuen staatlichen Initiativen konnten sich jedoch nicht mehr auswirken, da während der 1941 bis 1945 dauernden japanischen Besatzungszeit die Bildung genossenschaftsähnlicher lokaler Organisationen als Exekutivorgane zur Durchsetzung politischer Ziele der Besatzungsmacht vorangetrieben wurde⁹. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften in großem Stil erst 1952 mit der Bildung einer neuen Behörde, der "Agricultural Credit and Cooperative Financing Administration" (ACCFA) wieder aufgenommen, die Förderung nicht-landwirtschaftlicher Genossenschaften verblieb bei dem zwei Jahre zuvor geschaffenen "Cooperative Administration Office", der CAO¹⁰. Hauptziele der ACCFA waren die Unterstützung von Kleinbauern durch die Vergabe von Agrarkrediten und die Förderung der genossenschaftlichen Organisation von Bauern, insbesondere zur Steigerung der Effizienz der Vermarktungstechnik¹¹.

Zur Unterstützung der auch wieder FACOMAs genannten Genossenschaften wurde ACCFA mit einem 'revolving fund' in Höhe von 100 Mio. Peso, nach heutigem Wechselkurs ca. 15 Mio. DM, ausgestattet; da hiervon im Laufe der Förderungsdauer jedoch nur ca. 40 % zugeteilt wurden, war ACCFA gezwungen, zusätzliche Kredite bei der Zentralbank aufzunehmen.

Aufgabe der FACOMAs war es, die von ACCFA vergebenen Kredite an die Mitglieder weiterzuleiten, farm-inputs bereitzustellen und als Vermarktungsorganisation zu fungieren. Quantitativ gesehen verlief das Aufbauprogramm für die FACOMAs auch recht erfolgreich: so waren 1968 rund 650 Genossenschaften mit etwa 360 000 Mitgliedern registriert, allerdings waren nur 40 % der Genossenschaften auch aktiv und nur ca. 25 % der Mitglieder bei diesen aktiven Genossenschaften registriert. Tatsächlich blieben jedoch auch die aktiven FACOMAs stets von den bereitgestellten staatlichen Mitteln abhängig und waren nie in der Lage, echte Mitgliederbeziehungen aufzubauen. Dies war angesichts der Tatsache, daß die Primärmotivation für die Organisation von FACOMAs der Zugang zu billigen Krediten, jedoch nicht die Etablierung von Selbsthilfeorganisationen war, allerdings auch nicht anders zu erwarten. Die negativen Folgen dieser Situation zeigten sich dann schlagartig, als ACCFA 1960 wegen der Nichtrückzahlung von an die FACOMAs gewährten Krediten in finanzielle Bedrängnis geriet und ihrerseits die finanzielle Förderung stark einschränken mußte: mehr als die Hälfte aller FACOMAs war daraufhin gezwungen, die Aktivitäten einzustellen. Bis 1962 hatte ACCFA praktisch das gesamte Kapital verloren und war allein bei der Zentralbank mit über 52 Millionen Peso verschuldet; die Aktiva bestanden im wesentlichen aus überfälligen Kreditrückzahlungsforderungen an die in der Zwischenzeit in den meisten Fällen nicht mehr operierenden FACOMAs¹².

Um die Vertrauenskrise zu beenden, wurde ACCFA 1963 mit dem Inkrafttreten des "Agricultural Land Reform Code" (Republic Act 3844) aufgelöst und die verschiedenen Funktionen zwei organisatorisch voneinander unabhängigen Staatsagenturen übertragen. Die "Agricultural Credit Administration" (ACA) erhielt die Verantwortung für Registrierung, Prüfung und Kontrolle der

Agrargenossenschaften, während die Genossenschaftsabteilung der "Agricultural Productivity Commission" (APC) zukünftig vorwiegend für Förderung, Organisation und Training zuständig war. In praxi überlappten sich die Funktionen jedoch. So sollte beispielsweise auch ACA Trainingsprogramme durchführen und die Genossenschaftsentwicklung durch Kreditvergabe und Bereitstellung von farm-inputs etc. aktiv fördern. 1967 standen ihr für diese Aufgabe insgesamt 1135 Mitarbeiter (!) zur Verfügung. APC verfügte dagegen über 102 Genossenschaftsberater (agricultural cooperatives agents), sowie über mehr als 3000 landwirtschaftliche Berater (farm management technicians), die ebenfalls im Bereich der Genossenschaftsförderung eingesetzt wurden. Letztere hatten die Aufgabe, Vorgenossenschaften zwischen den Kleinbauern (non-stock farmers' associations) zu organisieren, während die Genossenschaftsberater in einer zweiten Phase bei dem Aufbau und der Registrierung assistieren sollten. Daneben sollten umfassende Ausbildungsaktivitäten sowie eine Revitalisierung nicht aktiver Genossenschaften geleistet werden¹³.

Offensichtlich konnten mit dieser neuen Politik und dem großen Potential an Genossenschaftsbürokraten jedoch auch keine entscheidenden Änderungen bewirkt werden. In einer 1982 erschienenen Publikation des 1980 gegründeten nationalen Genossenschaftsverbandes der Philippinen, CUP, wird lakonisch festgestellt: "Unfortunately, however, the FACOMAs were no longer in a position to respond to the new program due to their financial difficulties"¹⁴.

Auch von offizieller Seite wurde das bisherige Genossenschaftsprogramm als Fehlschlag eingestuft, allerdings vor allem deswegen, weil nur noch der kleinere Teil der registrierten Genossenschaften regelmäßig seinen Berichtspflichten nachkam. 1967 wurde daher, auch von offizieller Seite, nur noch ein Drittel der FACOMAs als aktiv angesehen¹⁵. Die Gründe für den Fehlschlag wurden von verschiedenen Seiten analysiert. So kommt eine Untersuchung des "National Food and Agricultural Council" (NFAC) zu folgendem Ergebnis:

- "1. The government induced farmers to form cooperatives by dangling special incentives such as subsidized fertilizer, equipment and loans without the farmers having the need for such items. And because the farmer had no substantial financial investment in the cooperative, his loyalty is shallow;
2. Most cooperatives were inadequately financed both by their incorporators and by the government;
3. Most of the cooperative managers were not competent and some were downright dishonest"¹⁶.

Konsequenterweise hielten die Genossenschaftsmitglieder ihre Mitgliedschaft nur solange aufrecht, wie sie unmittelbaren Nutzen, insbesondere durch die staatlichen Förderprogramme, für sich erwarten konnten, um sich dann zurückzuziehen; allerdings, ohne ihren finanziellen Verpflichtungen nachgekommen zu sein.

Zwei 1970-1972 durchgeführte Studien zeigen weitere Gründe für die geringe Effizienz der FACOMAs auf. So verkaufte eine größere Anzahl von Ge-

nossenschaftsmitgliedern ihren Reis lieber an andere Aufkäufer, da diese zum Teil höhere Preise bezahlten, sie bei jenen noch Kredite abzuzahlen hatten oder weil die FACOMA zu weit entfernt lag. In einzelnen Fällen war die Genossenschaft gerade geschlossen oder es war den Mitgliedern nicht einmal bekannt (!), daß die Genossenschaft Reis ankauft. Insgesamt lag der Marktanteil der FACOMAs bei nur 4 %, derjenige der örtlichen Händler dagegen bei 88 %. Im Kreditbereich war die Unzufriedenheitsrate besonders hoch, die Rückzahlungsquote lag durchschnittlich nur bei 45 %. Es wurde negativ vermerkt, daß zwischen Kreditantrag und Kreditgewährung mit rund drei Monaten ein viel zu langer Zeitraum lag und die bewilligten Kredite für den benötigten Zweck nicht ausreichten. Zudem war bekannt, daß die FACOMAs stark von der staatlichen ACA abhängig waren: "In essence, the FACOMA which was supposedly owned by farmer-members appeared to be a property of ACA due to its liability to ACA"¹⁷.

Das "neue" Genossenschaftsprogramm: 1970 bis heute

Die Verschärfung der ökonomischen Krise Ende der sechziger Jahre kurz nach der Wahl von Ferdinand Marcos zum Präsidenten der Philippinen zwang die Regierung, die Lösung einiger der dringendsten Probleme in Angriff zu nehmen. 1973 wurde schließlich ein Vierjahresplan für die Jahre 1974-1977 vorgelegt, der erstmals Entwicklungsziele formulierte und politische Maßnahmen als Mittel zu ihrer Durchsetzung bereitstellte. Neben anderen wurden folgende Ziele festgelegt:

1. Erhöhung des Wirtschaftswachstums
2. Verbesserung der Einkommensverteilung
3. Förderung der sozialen Entwicklung
4. Erhaltung eines angemessenen Preisniveaus

Die Implementierungsprogramme zielten folgerichtig auf eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, Selbstversorgung bei der Nahrungsmittelproduktion und Erhöhung des ländlichen Einkommens¹⁸.

Die genannten Ziele und Programme stehen in engem Zusammenhang mit der Neuformulierung des Genossenschaftsprogramms, das mit dem Erlaß des Presidential Decree No. 175 "Strengthening the Cooperative Movement" (PD 175) am 14. April 1973 Gesetzeskraft erhielt. Gleichzeitig wurden alle früheren genossenschaftsrechtlichen Regelungen ungültig und eine neue allgemeine rechtliche Grundlage geschaffen, die zusammen mit verschiedenen Ausführungsbestimmungen, deren wichtigste, der "Letter of Implementation No. 23, Rules and Regulations Implementing Presidential Decree No. 175" (LOI 23) vom 9. Juli 1973, bis heute Gültigkeit besitzt. Hiernach wird die Genossenschaftsförderung von folgenden Zielsetzungen bestimmt:

1. Es soll ein leistungsfähiges sozial-ökonomisches System geschaffen werden, um die neuerworbenen Rechte der Nutznießer der Agrarreform langfristig abzusichern.

2. Den unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung soll dieses System "self-development, social growth and economic independence" verschaffen.
3. Genossenschaften sollen schließlich dazu beitragen, die Kaufkraft der unteren Einkommenschichten zu erhöhen und die Einkommens- und Vermögensverteilung zu verbessern¹⁹.

Angesichts dieser ambitiösen Ziele kann es nicht verwundern, daß a priori nicht angenommen wurde, daß der Aufbau einer solchen Erwartungen gerechtfertigt erscheinen lassenden Genossenschaftsstruktur durch die Betroffenen selbst erreicht werden könne. Genossenschaftsförderung bleibt daher weiterhin offizielle Aufgabe des Staates²⁰, der zur Zielerreichung vor allem folgende Mittel einsetzte:

1. Ein "Management Training and Assistance Program" (MTAP) sah den Aufbau eines Manager-Pools, den Einsatz dieser Fachleute in ausgewählten Genossenschaften und die Übernahme der Gehälter auf degressiver Basis vor. Mit der Implementierung dieses Programms, das zum überwiegenden Teil aus staatlichen Mitteln finanziert wird, wurde 1975 begonnen. 1979 wurden so 43 Manager aus Mitteln des MTAP-Fonds, der mit durchschnittlich 2 Mio. Peso pro Jahr ausgestattet war, bezahlt²¹.
2. Ein ebenfalls vorwiegend aus staatlichen Mitteln bestehender "Cooperative Development Loan Fund" (CDLF), der in der Anfangsphase mit 30 Mio. Peso ausgestattet wurde, sollte in erster Linie als Garantieinstitutionen für Kredite, die den Genossenschaften von anderen Institutionen zufließen, fungieren. Zudem sollten den Genossenschaften Kredite zum Erwerb von Anteilen an zu gründenden Genossenschaftsbanken gewährt werden. Tatsächlich flossen die meisten Kredite später den Sekundär- und Tertiärgenossenschaften des staatlichen Sektors zu²².
3. Die Genossenschaftsbehörde, das "Bureau of Cooperative Development" (BCOD) wurde mit der Förderung, Organisation, Registrierung und Überwachung aller Arten von Genossenschaften betraut. Insbesondere um die große Anzahl inaktiver, jedoch registrierter Genossenschaften aus den offiziellen Registern zu eliminieren, wurde eine Re-Registrierung aller aktiven Genossenschaften verfügt²³.
4. Schließlich wurden den Genossenschaften umfangreiche Vergünstigungen zugestanden. Insbesondere eine fünfjährige - im Fall von Agrargenossenschaften zehnjährige - Befreiung von Einkommens- und Umsatzsteuern stellte die Genossenschaften in eine vergleichsweise günstige Wettbewerbssituation. Zusätzlich erhielten die Agrargenossenschaften Vorzugsrechte bezüglich der Vermarktung von speziellen Grundnahrungsmitteln und konnten unter bestimmten Voraussetzungen die Befreiung von gesetzlichen Mindestlohnbestimmungen beantragen²⁴.

Der Aufbau und die Förderung von Vorgenossenschaften auf Dorfebene, sog. "Samahang Nayons" oder "barrio associations" bildete den Schwerpunkt des ersten Genossenschaftsprogramms, das zeitlich parallel mit dem ersten Fünfjahresplan der Philippinen 1973 begann und 1977 auslief. Noch während der ersten Programmphase wurde mit der Implementierung der zweiten Phase

des Genossenschaftsentwicklungsprogramms begonnen, welches zunächst den Aufbau einer Sekundärgenossenschaftsstruktur vorsah, die vorwiegend aus staatlich geförderten regionalen Vermarktungsgenossenschaften und Genossenschaftsbanken bestehen sollte.

Phase III beinhaltete den Aufbau eines vertikalen genossenschaftlichen Vermarktungssystems, sowie die Organisation genossenschaftlicher Verbrauchermärkte in wichtigen urbanen Zentren, die vor allem als Absatzkanäle für die von den Vermarktungsgenossenschaften bereitgestellten landwirtschaftlichen Produkte dienen sollten. Phase IV schließlich sah die Integration der bestehenden Genossenschaftsstrukturen in ein geschlossenes Verbandssystem vor²⁵.

Das Samahang Nayon Programm wurde 1973 mit der Durchführung von Seminaren für zukünftige Mitglieder begonnen. In mehreren Erlassen wurde die Einbeziehung aller verfügbaren Beamten auf verschiedenen Ebenen der Administration in das Aufbauprogramm angeordnet. Auf diese Weise waren im Laufe der nächsten Jahre rund 2 500 Ministerialbeamte und weitere 9 000 freiwillige Helfer, zumindest zeitweise, in die Implementierung involviert. Hierzu kam ab 1975 auch ein größerer Teil der ebenfalls rund 2 550 Beamten des Agrarreformministeriums²⁶.

Die gleichzeitige Vorgabe von quantitativen Zielen unterstreicht die Bedeutung, die dem Programm zugemessen wurde, impliziert aber auch schon Zweifel an den langfristigen Erfolgsaussichten: so sollte beispielsweise die Anzahl der Samahang Nayons innerhalb eines knappen Jahres auf 16 000 Einheiten verdoppelt und die Anzahl der Mitglieder auf eine Million etwa vervierfacht werden²⁷. Die Ergebnisse entsprachen jedoch offensichtlich nicht den Erwartungen, so daß sich das BCOD schon 1974 gezwungen sah, das gesamte Programm zu "reaktivieren"²⁸.

Ein weiterer Reaktivierungsversuch wurde noch 1978 zu Beginn des zweiten Fünfjahresplans versucht. In dieser Periode sollten die Dominanzziele für den Agrarbereich: Förderung der Beschäftigung und Erhöhung der Haushaltseinkommen im ländlichen Sektor, sowie Selbstversorgung im Nahrungsmittelbereich, vor allem durch verstärkte Anstrengungen bei der Agrarreform und der Genossenschaftsförderung, erreicht werden²⁹.

Besonders qualifizierten Samahang Nayons wurde daraufhin das Recht eingeräumt, sich in bestimmten ökonomischen Aktivitäten zu engagieren³⁰.

Ziel dieser neuen Strategie war es u. a. die Managementfähigkeiten der Samahang Nayon Mitglieder zu verbessern und den Organisationen zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen. Zudem sollten einzelne Samahang Nayons in Gebieten ohne bereits gegründete Vermarktungsgenossenschaften zentrale Vermarktungsfunktionen übernehmen bzw. diese gegebenenfalls ergänzen.

Glaubt man den amtlichen Statistiken, so waren die genossenschaftspolitischen Bemühungen, zumindest quantitativ, doch relativ erfolgreich. Alle Daten zeigen zunächst einen kontinuierlichen Anstieg, wenn auch die gesetzten Ziele erst erheblich später erreicht werden konnten (s. Tab. 1). Dennoch sagen

Tabelle 1: Anzahl, Mitglieder und Eigenkapital (in Mio. Peso) der registrierten Samahang Nayons, 1974-1978

Jahr	1974	1976	1978
Registrierte Samahang Nayons	8 989	16 491	17 956
Mitglieder	382 242	828 948	924 358
Eigenkapital (General Fund, Barrio Savings Fund, Barrio Guarantee Fund)	13,5	63,6	91,0

Quellen: ACCI 1978/1 per 31.1 (für die Jahre 1974, 1976); BCOD 1979/2

diese Zahlen nur wenig über die qualitative Entwicklung des Programms aus, auf die an späterer Stelle noch eingegangen wird.

Das Genossenschaftsprogramm sah vor, daß sich Samahang Nayons innerhalb von zwei Jahren für eine Umwandlung in eine Voll-Genossenschaft qualifizieren können. Voraussetzung für eine solche Transformation war jedoch, die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen bezüglich der Mitgliederanzahl und des eingezahlten Mindestkapitals. Da diese Bedingungen in der Praxis nur selten erreicht wurden, blieb der Prozentsatz derjenigen Samahang Nayons, die die Umwandlung im Laufe der nächsten zehn Jahre erreichten, äußerst gering.

In der zweiten Phase des Genossenschaftsentwicklungsprogramms wurde daher mehr Gewicht auf einen Zusammenschluß von Samahang Nayons zu bestimmten Genossenschaften mit genau definierten Funktionen gelegt. Auf diese Art sollten vor allem zwei Genossenschaftstypen organisiert werden:

1. Mindestens 10 Samahang Nayons der A-Kategorie, die mindestens ein Jahr bestehen, finanziell stabil sind und über einen ausreichend hohen BGF verfügen, können sich zu einer "Area Marketing Cooperative" (AMC) zusammenschließen. Die zu gründenden AMCs sollen dann Vermarktungs- und Beschaffungsfunktionen für die angeschlossenen Samahang Nayons innerhalb einer größeren regionalen Einheit, etwa einer Provinz, übernehmen.
2. Parallel wurde mit dem Aufbau eines Systems ebenfalls auf Provinzebene agierender "Cooperative Rural Banks" (CRB) begonnen. Auch diese CRBs können von mindestens zehn Samahang Nayons und anderen Genossenschaften, insgesamt mindestens 15 Organisationen, gegründet werden, die ebenfalls zuvor bestimmte, von der Genossenschaftsbehörde festgelegte Voraussetzungen erfüllen müssen³¹. Dabei erwerben die Mitglieder mit Hilfe ihrer Fonds Anteile am Eigenkapital der CRB.

Primäraufgabe der Genossenschaftsbanken ist die Bereitstellung von Krediten für Mitglieder der Samahang Nayons, wobei letztere wiederum für die Rückzahlung bürgen.

Neben der neuartigen Mitgliederstruktur ist dieser Ansatz auch in anderer Hinsicht interessant im Vergleich mit früheren Programmen.

1. Während nämlich bisher der Aufbau von Vielzweckgenossenschaften gefördert wurde, wurden nun aufgrund der bisher negativen Erfahrungen die Kredit- und Vermarktungsfunktionen zum einen von den Basisorganisationen, den Samahang Nayons, zum anderen aber auch voneinander getrennt.
2. Gleichzeitig sollten diese genossenschaftlichen Funktionen von größeren Organisationen wahrgenommen werden, die den kommerziellen Unternehmen gegenüber konkurrenzfähig sein sollten. Nach diesem Denkansatz können Genossenschaften, insbesondere genossenschaftliche Kreditinstitutionen, nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf Größe und Expansion ausgerichtet sind und über ausreichendes Eigenkapital verfügen.

Der Grund für den bis heute eher geringen Erfolg dieses Ansatzes ist dann auch weniger dem Konzept anzulasten als der Implementierung. Der Staat glaubte, auf eine sukzessive Transformation der Samahang Nayons in AMCs und auf einen der Entwicklung gemäßen Aufbau von CRBs nicht warten zu können, sondern meinte, diese Organisationen ebenfalls in kurzer Zeit "von oben" gründen zu müssen, da eine Entwicklung von unten nicht den rigiden Planungsansätzen entsprochen hätte.

Zusätzlich behielt sich der Staat umfangreiche Interventionsrechte vor, vor allem bei den Genossenschaften, bei denen das Gehalt des Managers zu mehr als 50 % aus Mitteln des "Management Training and Assistance Program" (MTAP) finanziert wurde oder die Kredite des "Cooperative Development Loan Fund" (CDLF) in Anspruch genommen hatten.

Diese Interventionsrechte umfaßten u. a. weitgehende Kontroll- und Mitspracherechte des BCOD bei der Budgeterstellung, Personalplanung, Vertragsschließungen oder Gewinnverwendungsentscheidungen; in Grenzfällen war das BCOD berechtigt, die Auflösung von Genossenschaften zu verfügen. Die meist beamteten MTAP-Manager galten zudem als offizielle Vertreter der Behörde in der jeweiligen Genossenschaft.

Auf die Implementierung der nächsten Phasen des Genossenschaftsentwicklungsprogramms kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden, ebenso muß der Aufbau von Verbandsstrukturen hier unbehandelt bleiben. Die prinzipiellen Ziele und die Förderungspolitik blieben jedoch bis heute grundsätzlich unverändert. Die bisher nur intern genannten quantitativen Ziele wurden Ende der siebziger Jahre in einem Zehnjahresplan bis 1987 festgeschrieben. Bis zu jenem Zeitpunkt sollte die Anzahl der Samahang Nayons auf knapp 22 000, deren Mitgliederzahl auf 2,1 Millionen und die Anzahl der sekundärgenossenschaftlichen AMCs auf 135 anwachsen³².

Diese Ziele sollten vor allem durch eine stärkere Beachtung der inhaltlichen Komponente im Rahmen der Förderung erreicht werden, vor allem sollte die Ökonomisierung der Samahang Nayons stärker berücksichtigt werden³³. Zu diesem Zweck sollten u. a. ab 1982 zusätzliche Berater rekrutiert werden; später wurde sogar für alle in den Regionalbüros des dem BCOD vorgesetzten Agrarministeriums arbeitenden technischen Außendienstmitarbeiter, die Mitwirkung bei der Implementierung der Programme angeordnet³⁴.

Bis Ende 1984 zeigte auch die neue Politik praktisch noch keine Erfolge,

u.a. auch deswegen, weil selbst nach Angaben des BOCD kaum einer der bereitzustellenden Berater für diese Tätigkeit adäquat ausgebildet worden war und somit auch nicht eingesetzt werden konnte. Nur noch ein Viertel der registrierten Samahang Nayons berichtete 1983 noch regelmäßig an die Genossenschaftsbehörde. Diese Anzahl, die die bisherigen offiziellen Zahlen auf rund ein Viertel zusammenschumpfen ließ, reflektiert jedoch nicht unbedingt die tatsächlich aktiven Samahang Nayons, deren Anzahl noch niedriger liegen dürfte.

Nach offiziellen Aussagen von BOCD-Offiziellen sind im übrigen auch nur höchstens 20 % der 62 registrierten regionalen Vermarktungsgenossenschaften als aktiv zu bezeichnen, bei den Genossenschaftsbanken dürfte der Prozentsatz allerdings höher, etwa bei 50-60 %, liegen.

ZUR KRITIK DER STAATLICHEN GENOSSENSCHAFTSFÖRDERUNGSPROGRAMME

Wie in den meisten Ländern der Dritten Welt wurde auch in den Philippinen Genossenschaftsförderung stets als Mittel zur Durchsetzung staatlicher Ziele begriffen und entsprechend eingesetzt. Der Notwendigkeit einer umfassenden Partizipation der Mitglieder bei Zielbildungs- und Zielsetzungsprozessen und späteren Entscheidungen über die Geschäftspolitik, sowie bei der Kontrolle der Organe wurde daher kaum Beachtung geschenkt, obwohl die Diskussion über die Problematik dieses Ansatzes in den Philippinen schon seit den dreißiger Jahren geführt wird und das Scheitern der früheren Programme eine Umorientierung nahegelegt hätten.

So wurde den Argumenten der einen Seite: "... that conditions in the Philippines were different from those in European and other countries ... " und "... that the bulk of the Filipino masses was too poor to contribute much toward the financing of cooperative associations, therefore, the government must advance cash" entgegengehalten: "... that cooperation, like all other reform movements, must follow certain economic and social processes ... proper growth cannot be hurried without seriously endangering its success"³⁵.

Diese Zitate stammen aus einer 1940 veröffentlichten Kontroverse. Konsequenzen, etwa bezüglich eines Abbaus staatlicher Präsenz, wurden hieraus jedoch nicht gezogen.

Insbesondere im Agrarsektor folgten praktisch fehlgeschlagenen staatlichen Förderungsprogrammen neue Ansätze, die sich aber im Prinzip kaum von ihren Vorgänger-Programmen unterschieden und damit die in der Vergangenheit gemachten Fehler reproduzierten. Dies gilt für das 1927 begonnene FACOMA-Programm, das der 1915 gestarteten Initiative zum Aufbau ländlicher Kreditgenossenschaften folgte, sowie für die Genossenschaftsprogramme der fünfziger und sechziger Jahre und schließlich für das sich derzeit wieder einmal in

einer Reaktivierungsphase befindliche Samahang Nayon Programm. In keinem Fall beschränkte sich die Regierung auf eine Promotorenrolle, sondern organisierte und gründete Genossenschaften.

Dies könnte damit zusammenhängen, daß Genossenschaftsförderungsprogramme immer dann in besonderem Maße propagiert wurden, wenn auch das Unruhepotential des ländlichen Raums besonders hoch war. Der Einsatz des genossenschaftlichen Instrumentariums wurde immer dann erwogen, wenn man sich hierdurch eine Verringerung von instabilisierenden Aktivitäten erhoffen konnte. In den Philippinen war dies insbesondere Mitte der dreißiger und Anfang der fünfziger Jahre der Fall, als die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten auf die wachsende Verelendung mit Demonstrationen und Aufständen reagierte und Bauernbewegungen rasch politisches Gewicht gewannen. Auch die Planung und Implementierung des neuen Genossenschaftsprogramms der siebziger Jahre kann als Reaktion auf die zunehmende Anzahl von Aktionen zweier neugegründeter Guerilla-Organisationen, der "New People's Army" (NPA) und der "Moro National Liberation Front" (MNLF) interpretiert werden. Wenn Genossenschaften aber zunehmend Funktionen der Herrschaftssicherung im ländlichen Raum erfüllen, weil sie etwa umfassende Kontrollmöglichkeiten eröffnen und politische Einflußnahme gestatten, so kann eine Mobilisierung des Selbsthilfewillens der Bevölkerung, als Voraussetzung für eine längerfristige Überlebensfähigkeit dieser Organisationen, kaum erwartet werden.

Diese politische Funktion von Genossenschaften, sowie die Tatsache, daß vom Genossenschaftssektor wichtige Beiträge zur makroökonomischen Entwicklung erwartet wurden, führte zur externen Festlegung der Ziele und damit zur Mißachtung des Prinzips, daß die Genossenschaftsmitglieder an der Zielsetzung beteiligt werden müssen.

Wenn die Interessenidentität der Mitglieder und der darauf aufbauende Wille und die Bereitschaft, kollektiv die Verbesserung der jeweiligen individuellen ökonomischen Lage zu erreichen, wichtige Voraussetzungen funktionsfähiger Genossenschaften sind, so sind die Voraussetzungen bei den staatlich geförderten Genossenschaften der Philippinen nicht gegeben. Die Instrumentalisierung der Genossenschaften ersetzte eine Eigendefinition der Lage und die Erwartung, staatliche Förderungsmittel beanspruchen zu können, die Entwicklung von Initiativen zur Gründung von Genossenschaften. Dies wird belegt durch Untersuchungen zur Motivation von Samahang Nayon Mitgliedern, die primär durch die Hoffnung auf eine "allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen" und die Überzeugung von den "positiven Zielsetzungen" der Samahang Nayon zur Mitgliedschaft verleitet wurden. Ebenso wie diese Antworten zeugen die am zweithäufigsten genannten Gründe, wie die Möglichkeit, "staatliche Förderungsmittel in Anspruch nehmen zu können", "an genossenschaftlichen Serviceleistungen partizipieren zu können" oder einfach "staatliche Programme kennenlernen zu wollen", von einer nur geringen Vertrautheit mit dem Organisationsinstrument Genossenschaft.

Insofern ist es auch kein Wunder, wenn rund 2/3 der befragten Samahang Nayon Mitglieder davon überzeugt sind, daß ohne staatliche Hilfe eine Weiter-

entwicklung ihrer Samahang Nayon unmöglich sei. Bezüglich einer positiven Rolle der Samahang Nayon bei der Implementierung der Landreform scheinen die Mitglieder im übrigen eher skeptisch zu sein: unter den genannten Vorteilen einer Samahang Nayon Mitgliedschaft wird dieser Aspekt erst als letzter genannt³⁷.

Diese enge Verknüpfung von Agrarreform und Samahang Nayon Programm wirkte sich im übrigen auch negativ auf die allgemeine Bereitschaft, diesen Organisationen beizutreten, aus. In vielen Fällen waren die Pächter gar nicht in der Lage, ihre neuerworbenen Rechte gegen die Landbesitzer und in vielen Fällen auch z.T. gegen die verantwortlichen Behörden durchzusetzen bzw. Konflikte mit den Landbesitzern durchzustehen. So gab es zumindest in der Anfangsphase Beispiele dafür, daß Landbesitzer Beamte des "Department of Agrarian Reform" "überzeugen" konnten, Mitgliedern von Samahang Nayons keine Übereignungszertifikate auszustellen. In vielen anderen Fällen wurden diese auch an Nicht-Mitglieder ausgegeben, zum Teil wurden die Zertifikate aus Furcht vor Repressalien zurückgegeben oder es wurde "nur" notwendige rechtliche Unterstützung verweigert³⁸. Einschüchterung und Drohungen waren wiederum auch Instrumente, die Dorfbevölkerung zur Mitgliedschaft in Samahang Nayons zu zwingen. "Theres are numerous reports of Samahang Nayon organizers and promoters threatening farmers with military detention, or invitation to military camps, or denial of Masagana 99 loans and fertilizer, or recall of LTCs, unless they join the Samahang Nayon"³⁹.

Für Bauern, die nicht von der Landreform profitieren konnten, war es wegen der zu entrichtenden Zwangsbeiträge und eventueller sozialer Nachteile innerhalb der Dorfgemeinschaft von vornherein wenig vorteilhaft, einer Samahang Nayon beizutreten, da dies zu einer Belastung der traditionellen Beziehungen innerhalb der Dorfgemeinschaft führen konnte. Interessensidentität der Mitglieder impliziert i.d.R. die Homogenität der Genossenschaftsgruppe. Bei Inhomogenität sind Interessenkonflikte unvermeidbar. Die ungleiche Verteilung von Macht aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen eröffnet einen ungleichen Zugang zu den ökonomischen Vorteilen der Genossenschaft und zu ihren Führungspositionen.

So führte die Aufhebung der Mitgliedschaftsbegrenzung auf Landreformbegünstigte im Rahmen des Samahang Nayon Programms dazu, daß auch Mitglieder anderer sozialer Gruppen wie Angehörige dörflicher Eliten, Landbesitzer, Händler und Lehrer der Genossenschaft beitraten. 1975 waren knapp 9 % der Mitglieder keine Bauern und rund ein Drittel der Bauern keine Pächter, also Landeigentümer. Später verdoppelte sich der Anteil der Nicht-Bauern sogar auf 18 %. Der Anteil der Reis oder Mais anbauenden Landwirte, also der eigentlichen Zielgruppe, die prinzipiell Landrechte erwerben konnte, sank sogar schon von 1974 bis 1976 von knapp 60 auf knapp 57 %.

Aufgrund ihrer höheren Bildung und sozialen Akzeptanz repräsentierten die Nicht-Bauern sowie die Landbesitzer die eher aktiven Genossenschaftsmitglieder und stellten zudem einen überproportionalen Anteil an Direktoren, Vorstands- und Komiteemitgliedern⁴⁰. Aufgrund ihrer sozial und ökonomisch

schwächeren Position wurde so die eigentliche Zielgruppe der Landreformbauern trotz Mehrheit bei Abstimmungen und Wahlen von anderen Gruppen dominiert.

Voraussetzung für Genossenschaftserfolg ist aber auch die materielle Fähigkeit der Mitglieder zum Aufbau und zum Betreiben der Organisation. Genossenschaften scheinen nur dann funktionsfähig zu sein, wenn ihre Mitglieder in der Position sind, finanzielle Beiträge zu leisten, so daß ein gleichmäßiger Kapitalaufbau erfolgen kann. Darüberhinaus impliziert die materielle Bindung an eine Wirtschaftsorganisation auch die Fähigkeit und Bereitschaft, wirtschaftliche Risiken mitzutragen. In den Philippinen hat es den Anschein, als ob ein großer Teil der angesprochenen Zielgruppe hierzu nicht in der Lage oder wegen des Fehlens entsprechender Leistungen nicht bereit ist. Die damit erforderliche Bereitstellung benötigter finanzieller Mittel von staatlicher Seite schafft Abhängigkeit von externer Förderung und die Transformation der geplanten Selbsthilfe- in eine Fremdhilfeorganisation, eine Identifikation mit der eigenen Organisation ist so kaum noch möglich.

Zwar wurde eine finanzielle Eigenbeteiligung der Mitglieder als Voraussetzung für die Registrierung und Anerkennung als Samahang Nayon gefordert, und es kann belegt werden, daß in kurzer Zeit nicht unerhebliche Spareinlagen und Geschäftsguthaben akkumuliert werden konnten, obwohl nicht alle Samahang Nayons diese Programme implementierten, doch werden diese Ansätze in ihrem Wert als Kriterium für die Akzeptanz der Genossenschaft entscheidend reduziert, wenn man die Form der Erhebung, die Entwicklung der Anzahl beitragsleistender Mitglieder und der Pro-Kopf-Beiträge untersucht.

Von 1974 bis 1976 stieg zunächst der Anteil derjenigen Genossenschaften, die diese Programme einführten, von 33,5 % auf 73 %, gleichzeitig stieg der durchschnittliche Beitrag pro Mitglied von 34 auf 94 Peso⁴¹. Schon 1978/79 ließ jedoch die Disziplin der Mitglieder entscheidend nach. In mehr als 50 % der von ACCI untersuchten Samahang Nayons zahlten die Mitglieder weder ihre Jahres- noch ihre Pflichtbeiträge⁴².

Das Ergebnis dieser Entwicklung schlägt sich in drastisch fallenden Zuwachsraten für die Fonds nieder. Der prozentuale Zuwachs fiel so von 120 % 1975/76 auf 4 % 1978/79 trotz steigenden Organisationsgrades und zunehmender Mitgliederanzahl. Castillo kommt daher zu dem Schluß, daß trotz absolut wachsender Fonds praktisch 90 % der von ACCI untersuchten Samahang Nayons Probleme mit ihren Fonds haben⁴³. So stieg dann das kumulierte Fondsvermögen zunächst noch bis 1980 auf offiziell 98,4 Mio. Peso an, um dann aber auch in absoluten Zahlen bis Mitte 1982 auf 84 Mio. Peso zu sinken (s. Tab. 2).

Dies entspricht einem Pro-Kopf-Beitrag von umgerechnet weniger als DM 25.-, der in rund acht Jahren angespart wurde. Da es sich hierbei größtenteils noch um Zwangsbeiträge handelt, die bei einer Kreditgewährung direkt abgezogen wurden, sind hieraus abgeleitete positive Aussagen über eine Akzeptanz der Samahang Nayons durch die Bevölkerung bedenklich.

Die Anzahl organisierter Samahang Nayons stieg bis 1976 zunächst an, um dann bis 1980 praktisch zu stagnieren und anschließend wieder abzusinken.

Tabelle 2: Anzahl, Mitglieder und Eigenkapital (in Mio. Peso) der registrierten Samahang Nayons, 1980-1982

	1980	1982 (Juni)	Rückgang in %
Registrierte Samahang Nayons	18 343	15 170	17
Mitglieder	940 194	688 000	27
Eigenkapital	98,4	84	15

Quellen: BCOD 1980 (für 1980); CUP 1982/4, S. 7, 12.

Gegenüber 1980 war 1982 die Anzahl registrierter Samahang Nayons um 17 % auf 15 170 und die Anzahl der Mitglieder um 27 % auf 688 000 gesunken, während die kumulierten Sparbeträge um 15 % auf 84 Mio. Peso zurückgegangen waren (s. Tab. 2).

Eine 1983/84 durchgeführte Untersuchung, die sich auf knapp 2 000 Samahang Nayons in Nord-Luzon beschränkte, ergab, daß selbst von Regierungsbeamten die Anzahl der aktiven Samahang Nayons auf nur 50 % der registrierten geschätzt wurde⁴⁴.

Legt man die Ergebnisse einer 1983 im Auftrag des BCOD angefertigten Studie der "Development Academy of the Philippines" (DAP) zugrunde, so schrumpfte die Anzahl der Samahang Nayons mit rund 5 600 auf ein Drittel der offiziellen Zahlen zusammen⁴⁵. Und von wieder anderer Seite wird schließlich die Anzahl funktionsfähiger Samahang Nayons zu diesem Zeitpunkt nur noch auf weniger als 10 % geschätzt⁴⁶.

Die Bildungsprogramme, die den Samahang Nayon Gründungen vorgeschaltet worden waren und anschließend fortgesetzt werden sollten, erwiesen sich als unzureichend. In einer 1981 durchgeführten Untersuchung wurde festgestellt, daß nur 17 % der befragten Samahang Nayons die fünf Kurse der zweiten Phase absolviert hatten und in 16 % waren überhaupt keine Trainings durchgeführt worden. Häufig wurden auch komplexe Bildungsmaßnahmen, die für mehrere Tage oder gar Wochen konzipiert waren auf einen Bruchteil der Zeit komprimiert. Darüberhinaus scheint auch die Ausbildung der für die Samahang Nayons zuständigen Berater ungenügend gewesen zu sein. So gaben knapp 80 % der 83 befragten Berater an, an keinem oder nur an maximal zwei kurzen und ineffizient durchgeführten Ausbildungskursen teilgenommen zu haben⁴⁷.

Die einseitige Orientierung an quantitativen Zielen verstellt den Blick auf die qualitative Entwicklung der Organisationen. Schon während der kurzen Expansionsphase verschlechterte sich die interne qualitative Situation. So sank der Anteil der Samahang Nayons mit als aktiv bezeichnetem Vorstand von 1974 bis 1981 von 81 auf 55 %, wobei 1981 als Kriterium für Aktivität nur vier Sitzungen pro Jahr galten, bei satzungsmäßig vorgeschriebener

monatlicher Sitzungspflicht. Die Anzahl der Samahang Nayons mit aktivem Aufsichtsrat ging in diesem Zeitraum von 50 auf 15 % zurück⁴⁸.

Der Mitgliederförderung scheint schließlich eine zu geringe Bedeutung zugemessen worden zu sein: "While the initial enthusiasm favors the contribution/cost side, a marked decline is observed as the absence of services/benefits is palpably experienced."⁴⁹

Diese Aussage, die sich auf die Situation 1978 bezog, galt auch noch für 1982. 1978 wie 1982 garantierte etwa die Hälfte der Samahang Nayons Kredite für Mitglieder. Während jedoch 1978 noch 16 % der Samahang Nayons die Vermarktung von Agrarprodukten für ihre Mitglieder übernahmen, sank dieser Anteil 1982 auf nur 2,3 %. Während 13 % der 1978 untersuchten Samahang Nayons im Beschaffungsbereich aktiv waren, waren dies bei der Stichprobe 1982 nur 1,9 % oder vier der 214 Samahang Nayons. 1978 betrieben 15 % der Samahang Nayons Projekte, aus denen ihnen unmittelbar Einkommen zufließ, 1982 waren es 18 %⁵⁰. Auch dieser Versuch, ein leistungsfähiges Genossenschaftssystem "von oben" als Ergebnis staatlicher Genossenschaftsförderung ins Leben zu rufen, scheint somit ebenso wie die früheren Versuche gescheitert zu sein. Damit steht der Erfolg dieses Ansatzes, ebenso wie derjenige vorangegangener Versuche, in deutlichem Gegensatz zu der Bedeutung der von staatlicher Förderung weitgehend unbeeinflusst gebliebenen autonomen (privaten) Genossenschaften.

Parallel zu den staatlichen Genossenschaften hatten sich insbesondere ab etwa der Mitte der sechziger Jahre primär im nicht-landwirtschaftlichen Sektor tätige Kredit- und Konsumgenossenschaften entwickelt, die basisorientiert organisiert waren, ihre Programme den Bedürfnissen der Zielgruppen entsprechend angepaßt hatten und daher auf Fremdmittel weitgehend verzichten konnten. Die derzeit knapp 2 000 diesem Genossenschaftssektor zuzurechnenden Genossenschaften, die sich z.T. in Sekundär- und Tertiärorganisationen zusammengeschlossen haben, bilden heute aufgrund ihres mitgliederorientierten Leistungsangebots das Rückgrat der philippinischen Genossenschaftsbewegung.

Anmerkungen:

- 1) vgl. Dülfer 1979, S.11.
- 2) vgl. ders. 1975.
- 3) vgl. hierzu CUP 1982/1, S.3 ff.
- 4) vgl. Manongdo 1977, S.46.
- 5) vgl. ebd. S.47; s.a. Goddard 1968, S.24 f.
- 6) s.a. CUP 1982/3, S.3.
- 7) vgl. Amparo 1982.
- 8) s.a. CUP 1982/3, S.4.

- 9) vgl. Ordinance No.8, 1944; Food Administration Order No.29 v.14.4.1944; Dep. of Agriculture and Commerce Order No.5 v.20.10.1944; CUP 1982/1, S.6; Goddard 1968, S.26; Cruz. o.J. S.72.
- 10) vgl. Goddard 1968, S.30.
- 11) vgl. CUP 1982/2, S.2.
- 12) vgl. Goddard 1968, S.35; Manongdo 1956.
- 13) vgl. Saguiguit 1970, S.4 ff.
- 14) CUP 1982/3, S.6.
- 15) vgl. Sacay 1974, S.1 f.; Lopez 1970.
- 16) Lopez 1970.
- 17) vgl. Castillo 1974, S.36-77 und 102; ACCI 1976.
- 18) vgl. CUP 1982/1, S.30.
- 19) vgl. PD 175 Präambel.
- 20) vgl. ebd. und Section 1.
- 21) vgl. ebd. Section 7; LOI 23, 1973, Regulations 44, 45, 57.
- 22) vgl. PD 175, Section 6; LOI 23, Regulations 54 ff.
- 23) vgl. ebd.
- 24) vgl. PD 175, Section 5.
- 25) vgl. BCOD 1979/1, S.3 und ausführlich Terso 1979.
- 26) vgl. Hanisch 1978, S.49.
- 27) vgl. Circular No.73-19.
- 28) vgl. Circular No.74-29.
- 29) vgl. NEDA 1977, S.8 und 105 ff.
- 30) vgl. Circulars No.77-43, 78-16, 78-10.
- 31) vgl. Circular No.75-3.
- 32) vgl. NEDA 1977.
- 33) s.a. Circular No.1, 1983.
- 34) vgl. Memorandum Circular No.1, 1982 und Circular No.2 1983.
- 35) zit. bei Escoda 1940.
- 36) s.a. Martires 1984, S.34 ff.
- 37) vgl. Castillo 1983, S.58 ff. und 117.
- 38) vgl. BCOD o.J.
- 39) CUP 1982/5, S.17.
- 40) ACCI 1978/1, S.88 und 106; Castillo 1983, S.111 und 539; Hanisch 1978, S.49.
- 41) vgl. ACCI 1978/1, S.115; CFPI 1982/1, S.63.
- 42) vgl. ACCI 1980, S.29 f., 124.
- 43) vgl. Castillo 1983, S.78 und 81 ff.
- 44) vgl. Ngo 1984, S.72 f.
- 45) vgl. BCOD/DAP 1983.
- 46) vgl. Mapile 1981. Der "National Congress of Farmers' Organizations" (NCFO) schätzt 1983 die Anzahl noch funktionsfähiger Samahang Nayons auf 3-10 %.
- 47) vgl. Naldoza 1979, S.109; CFPI 1982/1, S.71; CFPI 1982/2, S.72; CFPI 1982/3, S.45.

- 48) vgl. ACCI 1978/1, S.288; Castillo 1983, S.50; CFPI 1982/1 S.63.
 49) ACCI 1978/2, S.21.
 50) vgl. ACCI 1980, S.37 ff., 133 ff.; CFPI 1982/1, S.50 ff. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß es sich hier um unterschiedliche Stichproben handelt, die allerdings bedingt vergleichbar sind.

Literaturverzeichnis

Agricultural Credit and Cooperative Institute (ACCI)

- 1974 Research and Evaluation of the Cooperative Program. First Progress Report, June–November 1974. Los Banos, Laguna, Philippines.
- 1976 Second Partial Report on the Benchmark Survey of the prospective Samahang Nayon Members of the Philippines, Los Banos, Laguna, Philippines.
- 1978/1 The Samahang Nayon Development Program of the Philippines – An Evaluation. Los Banos, Laguna, Philippines.
- 1978/2 The Samahang Nayon Development Program of the Philippines – Executive Summary. Los Banos, Laguna, Philippines.
- 1980 Benchmark Evaluation of Samahang Nayon under the Cooperative Marketing Project of the Philippines (Final Report). Los Banos, Laguna, Philippines.
- 1984 Report on Status of Samahang Nayons with economic activity. Los Banos, Laguna, Philippines.
- Amparo, Jesus P.: Cooperatives in the Philippines; in: Times Journal v. 21.9.1982.
- Bureau of Cooperatives Development (BCOD) (ed.)
 o.J. Philippine Paper on the National Cooperatives Development Programm.
- 1979/1 The Philippine Cooperatives Development Programm, Quezon City, Philippines.
- 1979/2 Annual Report 1979.
- 1980 Special Report, Quezon City, Philippines.
- 1984 The role of government in Cooperative Development, Quezon City, Philippines.
- in cooperation with the Development Academy of the Philippines (BOCD/DAP)
 1983 National Cooperatives Development Concept Plan, December 1983.
- Castillo, E.T., 1974, Marketing and Financing Tie-up and its Relation to Loan Repayment: A case study of Nueva Ecija Land Reform Integrated Development Program. Master Thesis. Los Banos, Laguna, Philippines.
- Castillo, Gelia T., 1983, How participatory is participatory development?

- A review of the Philippine Experience, Manila, Philippines.
Cooperative Foundation of the Philippines, Inc. (CFPI)
- 1982/1 Benchmark Evaluation of Samahang Nayons in Areas Covered by the Cooperative Marketing Project of the Philippines, Quezon City, Philippines.
- 1982/2 A Benchmark Evaluation of General Socio-Economic Conditions of Samahang Nayon Farmer-Members and Non-Members of CMP-Covered AMCs, Quezon City, Philippines.
- 1982/3 A Benchmark Evaluation of the MA Fieldworkers' Attitude towards and problems with the Cooperative Development program in Areas Covered by the CMP, Quezon City, Philippines.
- Cooperative Union of the Philippines (CUP) (ed.)
- 1982/1 Country Paper on Cooperatives in the Philippines, Manila, Philippines.
- 1982/2 Country Paper on Agricultural Cooperatives in the Philippines, Manila, Philippines.
- 1982/3 Country Paper on Credit Cooperatives in the Philippines, Manila, Philippines.
- 1982/4 Country Paper on Agricultural Cooperatives in the Philippines, Manila, Philippines.
- 1982/5 Country Paper on Industrial Cooperatives in the Philippines, Manila, Philippines.
- Cruz, D. A., o. J., A Comparative Study of Agricultural Cooperatives in Japan and the Philippines; reprint from: Studies in Asian Social Development, No. 2.
- Dülfer, E. (Hrsg.), Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik, Göttingen 1975.
- 1979 Leitfaden für die Evaluierung kooperativer Organisationen in Entwicklungsländern, Göttingen.
- Escoda, A. H., 1940, Europe's Cooperatives and the Philippines, in: Manila Daily Bulletin v. 26. 2. 1940.
- Goddard, W. J., 1968, The Cooperative Movement in the Republic of the Philippines, ILO.
- Hanisch, R., 1978, Das Genossenschaftswesen in den Philippinen; in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 28, H. 1, S. 48-51.
- Koch, E., 1985, Genossenschaftspolitik in den Philippinen. Zur Analyse des staatlichen Genossenschaftssektors, Saarbrücken.
- Lopez, A. S., 1970, Cooperative Movement in moribund state; in: The Manila Chronicle v. 30. 8. 1970.
- Manongdo, S. C., 1956, Cooperative Misadventure; in: The Manila Times v. 30. 7. 1956.
- 1977 The Credit Union Challenge, Quezon City, Philippines.
- Mapile, Romy V., 1981, Coop Movement in Shambles; in: Bulletin Today v. 26. 8. 1981.

- Martires, V., 1984, *The Cooperative Laws of the Philippines*, CUP, Quezon City, Philippines.
- Naldoza, A.M., 1979, *The Samahang Nayon Officers' Responsivity to Management Training*, Master Thesis, Los Banos, Laguna, Philippines.
- National Economic and Development Authority (NEDA) (ed.), 1977, *Five-Year Philippine Development Plan, 1978-1982, including the Ten-Year Development Plan, 1978-1987*.
- Ngo, Huy Liem et al., 1984, *Private and government sponsored cooperatives and Northern Luzon Cooperative Development Center*; University of Santo Tomas, Manila, April 1984.
- Rola, L.R., 1980, *Problems and Prospects of Agricultural Cooperatives in the Philippines*, Los Banos, Laguna, Philippines (unveröffentl.).
- Sacay, O.J., 1974, *Samahang Nayon. A new concept in Cooperative Development*, Manila, Philippines.
- Saguiguit, Francisco F., 1970, *The role of the Agricultural Productivity Commission in the Agricultural Cooperative Development*. Speech delivered on January 23, 1970, unveröffentl.
- Terso, C.E., 1979, *The Philippine Cooperative Development Program*, BCOD.

Gesetze und Verordnungen

- Ordinance No.8, 1944.
- Food Administration, Order No.29 v.14.4.1944.
- Department of Agriculture and Commerce, Order No.5 v.20.10.1944.
- Presidential Decree No.175 (PD 175) v.14.4.1973.
- Letter of Implementation No.23 (LOI 23) v.9.7.1973.
- Circular No.73-19, DLGCD, v.24.9.1973, *Organization of Additional Samahang Nayons*.
- Circular No.74-29, DLGCD, v.13.5.1974, *Guidelines for the Reactivation of the Samahang Nayon Program*.
- Circular No.75-3, DLGCD, v.8.1.1975, *Organization of Cooperative Rural Banks*
- Circular No.74-43, DLGCD, v.21.11.77, *Allowing qualified Samahang Nayons to engage in economic activities*.
- Circular No.78-10, DLGCD, v.6.2.1978, *Allowing qualified Samahang Nayons to engage in economic activities*.
- Circular No.78-16, DLGCD, v.24.4.1978, *Financial Assistance to Cooperatives and Samahang Nayons*.
- Memorandum No.1, 1982, MA, v.15.1.1982, *Assignment of Field Workers to take charge of the Cooperative Development Program*.
- Circular No.1, 1983, MA, v.8.4.1983. *New Thrust of the Ministry's Cooperative Development program*.
- Circular No.2, 1983, MA, v.8.4.1983. *The strengthening of the Cooperatives Development Field Force in the Regional, Provincial and Barangay levels*.